

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentext:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklametext:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtsstand für beide Teile
ist Calw.

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 37

Dienstag, den 14. Februar 1928

101. Jahrgang.

Die unrettbare Koalitionskrise

Die Entscheidung erneut verschoben

Zu Berlin, 14. Febr. Die gestrigen interfraktionellen Besprechungen im Reichstag, über die mit dem Schulgesetz zusammenhängenden Fragen begannen um 16 Uhr und dauerten bis kurz vor 18 Uhr. Von der Reichsregierung nahmen daran teil Vizekanzler Herzog, Reichsinnenminister von Wendt und Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Pänder. Die Besprechungen erstreckten sich auf den Gesamtumfang der strittigen Fragen und konnten nicht zu Ende geführt werden. Sie werden heute um 10 Uhr wieder aufgenommen.

Die interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien des Reichstages am Montag nachmittag hat sich fast ausschließlich um die Schulfrage gedreht. Eine Beschlüßigung ist nicht erzielt worden. Eine solche ist nach Ansicht in Zentrumskreisen auch nicht für die Dienstagsverhandlungen der Regierungsparteien zu erwarten, in denen unter allen Umständen eine Einigung herbeigeführt werden sollte. Die Regierungskoalition ist damit als erledigt zu betrachten. Der Reichstag soll aber unter allen Umständen versuchen, den Hauptetat und den Nachtragsetat, der die sozialen Hilfsmassnahmen für die kleinen Rentner und die Landwirtschaft umfaßt, noch zu verabschieden. Eine Erledigung der Strafrechtsreform erscheint von vornherein unmöglich. Ob das Liquidationsdaseinsengesetz noch zur Verabschiedung gelangen kann, wird davon abhängen, ob sich die Regierungsparteien in kürzester Zeit darüber verständigen können oder nicht. In parlamentarischen Kreisen des Zentrums glaubt man, daß unter diesen Umständen die Neuwahlen zum Reichstag Anfang Mai stattfinden werden und daß bis zur Neuwahl des Reichstages die gegenwärtige Regierung im Amte bleibt.

Wie die U. aus volksparteilichen Kreisen erzählt, hat

es sich bei den gestrigen Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses nur um formelle Besprechungen gehandelt. Diese werden in der Dienstagssitzung des interfraktionellen Ausschusses fortgesetzt werden. Als Ergebnis dürfte sich eine Verlegung der weiteren Beratungen über das Schulgesetz ergeben, wenn der Etat, das Liquidationsdaseins- und das Rentnerversorgungsgesetz, d. h. das der Koalition gesetzte Programm erledigt ist.

Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums.

Nach dem Abschluß der gestrigen Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses über die Schulfrage trat die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Die Fraktion nahm den informativischen Bericht des Grafen Westarp über die interfraktionelle Besprechung entgegen und knüpfte daran eine Aussprache, die jedoch zu keinem besonderen Ergebnis führte, da die interfraktionellen Besprechungen ja noch nicht abgeschlossen sind. Die Deutschnationale Volkspartei ist erneut zu einer Fraktionsführung auf heute nachmittag 3 Uhr einberufen worden.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hatte ein Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler Marx über die politische Lage. Der Reichskanzler muß voraussichtlich noch längere Zeit das Bett hüten. Mit seiner Rückkehr in den Dienst wird erst in etwa 14 Tagen gerechnet. Um 18.30 Uhr trat der Vorstand der Zentrumsfraktion zu einer kurzen Sitzung zusammen, an die sich dann eine Sitzung der Gesamtfraktion angeschlossen.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die noch für diesen Reichstag zu erledigenden Arbeiten in beschleunigtem Tempo in etwa 4 Wochen abgeschlossen sein könnten, jedoch mit der Auflösung des Reichstages für Ende März zu rechnen sei.

Tages-Spiegel

Die Entscheidung über die Koalitionskrise ist auf heute vertagt worden.

Man rechnet in parlamentarischen Kreisen mit dem Scheitern des Schulgesetzentwurfes und der Auflösung des Reichstages Ende März.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit dem viel umstrittenen Thema der Sozialversicherung.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat die Aussperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar beschlossen. Es werden 800 000 Arbeiter davon betroffen.

Der bulgarische Ministerpräsident äußerte sich in beachtenswerter Weise über das Investitionssystem des Völkerbundes.

Die polnische Landwirtschaft fordert Entgegenkommen von Seiten Deutschlands zum Abschluß eines Handelsvertrages.

In London ist der bekannte Staatsmann Lord Asquith verstorben.

Dem württ. Landtag ist am Montag die neue Beamtenbesoldungsordnung für Württemberg zugegangen.

nahe werden insgesamt 750 000 Arbeiter betroffen, jedoch von diesem Zeitpunkt ab unter Hinzurechnung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Metallarbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Hierzu wird von Arbeitgeberseite erklärt, daß die mitteldeutsche Metallindustrie die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem ihr aufgezwungenen Abwehrkampf gefunden habe, weil die bisher rasch aufeinanderfolgenden Lohnhöhungen unter keinen Umständen fortgesetzt werden könnten, wenn der gegenwärtige deutsche Preisstand gehalten werden sollte. Dies sei unumgängliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des jetzigen Beschäftigungsgrades. In den nächsten Monaten liefern rund 200 Kohlenverträge ab. Der Zustand, daß jeder Tarifabschluss die Gewerkschaften zu einer Lohnforderung veranlasse, sei volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernder Beunruhigung der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben werde, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen müsse. Daraus ergebe sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden müsse.

Aus dem Reichstag

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.
Zu Berlin, 14. Febr. Im Reichstage sprach gestern Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bei der Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums. Er teilte mit, daß die Vorberatung des Bergarbeiterlohngesetzes im Ministerium beendet sei. Die Vorlage solle aber erst im Zusammenhang mit dem großen Arbeitslohn- und Arbeitszeitgesetz, das noch im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat liege, erledigt werden. Der Frage des Mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks habe das Ministerium selbstverständlich volle Aufmerksamkeit gewidmet. Schon heute könne er erklären, daß er das Vorgehen der Metallindustriellen für außerordentlich bedenklich halte. Es sei nicht richtig, daß die Verbindlichkeitsklärung in dieser Frage nicht ausgesprochen sei, weil schon ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten war. Solche Erwägungen spielten natürlich bei der Entscheidung auch mit, seien aber nicht entscheidend. Es sei in wiederholten Fällen trotz Streik zu Verbindlichkeitsklärungen geschritten worden. Gegenüber der Behauptung, daß die Verbindlichkeitsklärungen dauernd im Wachstum seien, stellt der Minister fest, daß ihre Zahl im Jahre 1924 153, 1925 88, 1926 55 und 1927 84 betrug. Die Tatsache, daß ein großer Teil der Verbindlichkeitsklärungen von Arbeitgeberseite beantragt werde, beweise, daß die Verbindlichkeitsklärungen sich durchaus nicht nur zugunsten der Arbeitnehmer auswirkten. Der Minister betonte, daß er gleiche Grundsätze nach beiden Seiten anwende und im Uebrigen der Wirtschaftslage Rechnung trage.

Das Investigationsystem des Völkerbundes

Erklärungen des bulgarischen Ministerpräsidenten

Zu Sofia, 14. Febr. Der bulgarische Ministerpräsident Draptschew äußerte sich gegenüber dem Sofioter Vertreter der Zeitung über die Frage der Völkerbundsinvestigation in Bulgarien. Die Ausführungen des bulgarischen Ministerpräsidenten sind umso bemerkenswerter, als bekanntlich in letzter Zeit von französischer Seite versucht worden ist, die Frage der Wirksamkeit des Investigationsverfahrens mit der Frage der Rheinlandräumung zu verknüpfen und zwar in der Weise, daß die deutsche Haltung gegenüber dem Schritt der Kleinen Entente in Sachen der St. Gotthard-Affäre, als Deutschlands Stellungnahme zu dem Investigationsverfahren des Völkerbundes überhaupt präjudiziert werden soll. Dabei ließ man französischerseits den Wunsch durchblicken, das Investigationsverfahren noch weiter zu präzisieren und zu verschärfen unter Hinweis auf die angebliche Notwendigkeit einer Kontrolle im Rheinland nach Abzug der Besatzung.

Der Brief des französischen Außenministers, so führte der bulgarische Ministerpräsident u. a. aus, „an das Völkerbundsekretariat ist die offizielle Feststellung, daß das Kontrollrecht der V.M.K. über Bulgarien in die Hand des Völkerbundes übergegangen ist. Wenn in Zukunft ein Nachbarstaat Bulgariens glaubt, Anlaß zu einer Kontrolle über den Stand der bulgarischen Rüstungen zu haben, so muß ein solches Verlangen durch den Völkerbund geprüft werden, der, wenn er der Ansicht ist, daß die Kontrollforderung begründet ist, die besondere für Bulgarien bestimmte Kontrollkommission in Marsch setzt. Der französische Außenminister Briand hat in seinem Schreiben die bekannte Tatsache wiederholt, daß ein Paragraph der bulgarischen Verfassung noch in Widerspruch zu den militärischen Bedingungen des Vertrages von Neuilly stehe. Diese Angleichung werde bei Gelegenheit erfolgen. Bezüglich der Dauer des Investigationsrechtes des Völkerbundes führte der Ministerpräsident aus, daß diese unbegrenzt sei. Immerhin müsse daran erinnert werden, daß die alliierten Unterhändler in Saloniki beim Abschluß des Waffenstillstandes den damaligen Minister Draptschew beruhigend versicherten, daß „die Zeit für Bulgarien arbeiten werde“.

Seitdem seien 7 Jahre verstrichen, und Bulgarien habe

noch nichts von einer Erleichterung gehört. Dagegen sei Bulgarien in der letzten Zeit verschiedentlich inoffiziell angedeutet worden, daß man wohl auf das Investigationsrecht gegenüber Bulgarien verzichten möchte, daß aber ein solcher Verzicht eine Brechlinie in das ganze Vertragssystem schlagen würde und ein gleich geartetes Verlangen Deutschlands zur Folge haben würde. Aus diesem Grunde müsse sich Bulgarien noch weiter gebühren.

Diese Ausführungen des bulgarischen Ministerpräsidenten beweisen zum mindesten eines, daß man auf Seiten der früheren Entente, besonders aber in Kreisen der französischen Regierung sehr wohl weiß, welches wirksame Instrument alle diejenigen Staaten mit dem Investigationssystem des Völkerbundes in den Händen haben, die in der Lage sind, eine Unterjochung gegen die auf Grund der Friedensverträge mit der Investigation belasteten Staaten zu beantragen.

Polens Handelsvertragswünsche

Polen muß landwirtschaftliche Produkte ausführen.
Zu Berlin, 14. Febr. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Warschau führte der polnische Landwirtschaftsminister anlässlich des Empfangs einer landwirtschaftlichen Delegation u. a. aus: Vom polnischen Gesichtspunkt aus gesehen, sei ein Vertrag mit Deutschland nur dann möglich, wenn den landwirtschaftlichen Produkten Polens die Ausfuhr nach Deutschland gesichert sei. Dieser Grundsatz gelte sowohl für einen solchen Vertrag, wie auch für einen sogenannten modus vivendi. Die deutschen wirtschaftlichen Kreise müßten sich vergegenwärtigen, daß ohne Ermächtigung der Ausfuhr polnischer landw. Produkte nach Deutschland ein deutsch-polnischer Handelsvertrag für Polen nicht von Interesse sei, zumal die Ackerbau treibenden in Polen zwei Drittel der Bevölkerung ausmachten.

Gesamtausperrung in der Metallindustrie

Zu Berlin, 14. Febr. Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen Mitteldeutschen Metallindustrie die Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie am 22. Februar vorzunehmen. Von dieser Maß-

Hof
br.
ib
2. Teil.
de und
g, den
er
mbheim
elnderat
ber,
töchiges
u günstigen
auch für
Beschäftigstelle
eiten.
Dekonomie-
die erforder-
Zimmer-
laser-, und
g. vergeben.
dem Bau-
Offerten in
18. Februar
Bautechn.
urfe
en
wagen
el Able

Um das Liquidationserschädengesetz

II. Berlin, 13. Febr. Auf Veranlassung der demokratischen Reichstagsfraktion hat der Vorsitzende des Reichstagsausschusses für das Liquidationserschädengesetz einen Brief an den Reichsfinanzminister Dr. Köhler gerichtet, in dem er diesen unter Hinweis auf den Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg bittet, in der nächsten Woche in einer Sitzung des Ausschusses zu erscheinen und die Stellungnahme der Reichsregierung darzulegen, damit endlich die Arbeiten des Ausschusses zum Abschluß gebracht werden könnten. Die Sitzung wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden.

Enteignung deutschen Grundbesitzes in Polen

II. Warschau, 13. Febr. Der Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Verordnung über die zwangsweise Enteignung deutschen Grundbesitzes in den ehemals preussischen Teilgebieten in Kraft treten zu lassen. Im Posenener Bezirk sollen 2776 Hektar, im Graudenzener Bezirk 4500 Hektar und im Ratowitzer Bezirk 402 Hektar zwangsweise aufgeteilt werden.

Das Sicherheitsproblem

Frankreichische Wünsche für die Arbeit des Sicherheits-Ausschusses.

II. Paris, 13. Febr. Der für den 26. Februar vorgesehene Zusammentritt des von der vorbereitenden Abrüstungskommission eingesetzten Sicherheitsausschusses gibt der Pariser Presse Anlaß, erneut den französischen Standpunkt zum Sicherheitsproblem darzulegen. Der Temps bezeichnet die Aufgabe des Ausschusses als sehr schwer und undenkbar. Die von Deutschland und England an den Völkerbund gerichteten Memoranden bewiesen die Verschiedenheit der Auffassungen der Hauptmächte, wenn es sich darum handele, praktisch den Frieden in Europa zu organisieren. Es scheint kaum, daß die Memoranden Benesch's und der drei Verlichter Argumente enthielten, die die Lage wesentlich ändern könnten. Man könne nicht ernsthaft behaupten, der Völkerbundspakt genüge an sich unter allen Umständen, den Krieg zu verhindern. Die in ihm enthaltenen Sicherheitsgarantien müßten durch die Vervielfachung der internationalen Pakte ergänzt werden. Das Blatt unterstreicht, daß bis jetzt der Locarnovertrag einzig in seiner Art geblieben sei und sich die Hoffnung nicht verwirklichte, den Frieden durch den Abschluß von ähnlichen Verträgen für Nordosteuropa, Mitteleuropa und den Balkan zu konsolidieren. Er unterschlägt dabei, wie üblich, daß durch die Locarnoabmachungen auch im Osten Deutschlands ein bewaffneter Konflikt ausgeschlossen ist. Gegenüber der Anschauung Politz, die Errichtung von entmilitarisierten Zonen spiele für die Anwendung der Bestimmungen eines regionalen Paktes eine bedeutende Rolle, macht der Temps natürlich formelle Vorbehalte. In gewissen ausländischen Kreisen rege man an, daß eine französische entmilitarisierte Zone ein Gegengewicht gegen die entmilitarisierte Rheinlandzone bilden solle. Man müsse eine solche Auffassung unter allen Umständen zurückweisen, da die Rheinlandzone auf Grund des Friedensvertrages entmilitarisiert worden sei und eine Sicherheitsgarantie für Frankreich und Belgien darstelle, für die Frankreich keine Gegenleistung zu bieten habe.

Zu der Frage des Abschlusses von regionalen Pakten meint das sozialistische Deuore, dieser Weg sei der ein-

zigste, der beschritten werden müsse, bis sich der große Weg zum Genfer Protokoll von neuem öffne.

Eine russische Protestnote an Amerika

II. Moskau, 13. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenkommissar Litwinow dem amerikanischen Staatsdepartement telegraphisch eine Note gesandt, in der gegen die Ausbezahlung von Geld an den früheren russischen Staatsangehörigen Sergei Ughet protestiert wird. Ughet hat sich in den Vereinigten Staaten anfänglich als Vertreter der zaristischen und später der sowjetrussischen Regierung bezeichnet, obwohl er niemals vom Sowjetregime offiziell anerkannt worden ist. Er hat eigenmächtig die Geschäftsführung der russischen Botschaft in Washington übernommen, nachdem der zaristische Botschafter Bachmatjef sein Amt niedergelegt hatte. Nach den Mitteilungen des Außenkommissariats hat die amerikanische Regierung Ughet Entschädigungen bezahlt für russischen Besitz, der im Jahre 1916 in Amerika veräußert gegangen ist. In seinem Protesttelegramm erklärt nun Litwinow, daß nur die Sowjetregierung Ansprüche auf diesen Besitz stellen könne, was mit diesem Telegramm getan werde.

In Moskauer politischen Kreisen wird die Protestnote Litwinows als ein neuer Markstein in den russisch-amerikanischen Beziehungen bezeichnet. Bemerkenswert ist, daß die Uebermittlung der Protestnote zeitlich zusammenfällt mit der heute von Hamburg aus erfolgten Verschiffung eines Goldbetrages in Höhe von 5 Millionen Dollar an die Equitable Trust and Chase Nationalbank. Die Uebermittlung des Goldes soll jedoch keinesfalls als die Einwilligung der Sowjetregierung ausgelegt werden, die von Amerika geforderten Schulden der zaristischen Regierung zu zahlen. Der Goldbetrag soll vielmehr nur eine Garantie für russische Bestellungen in Amerika sein.

Kleine politische Nachrichten

Die Reichswehrfunken in Sieben wieder auf freiem Fuß. Die beiden wegen der bekannten Funkenaffäre in Sieben noch in Untersuchungshaft gehaltenen Reichswehrfunken sind in Freiheit gesetzt worden. Damit sind alle fünf Mann der Siebener Reichswehrfunkenstation wieder auf freiem Fuß.

Meuterei in dem Marinegefängnis von London. In dem Marinegefängnis von London kam es zu neuen Zwischenfällen. Die wegen gemelter Vergehen inhaftierten Matrosen protestierten wegen der Qualität der Verpflegung und wollten trotz der Aufforderungen der Wärter nicht zur Arbeit antreten. Die Meuterei konnte erst nach vielen Bemühungen unterdrückt und die Matrosen in Einzelhaft überführt werden.

England organisiert die griechische Gendarmerie. Zwischen der englischen und der griechischen Regierung ist ein Abkommen abgeschlossen worden, das die Entsendung britischer Offiziere für die Reorganisation der griechischen Gendarmerie vorsieht.

Brasilien sperrt die polnische Einwanderung. Die brasilianische Regierung hat beschlossen, in Kürze die polnische Einwanderung wegen „kulturellschändlicher u. Gefahr bolschewistischer Propaganda“ zu sperren. Der poln. „Kurjer Cobotenny“ bemerkt dazu, daß es eine Frechheit sei, wenn ein Land mit vorwiegend farbiger Bevölkerung die Polen als kulturellschändlich bezeichnet.

Bergwerks-Katastrophen

Schweres Grubenunglück in der Ukraine.

Ein amtlicher russischer Funkpruch meldet aus Stalin (früher Jnsowka) im Donezgebiet der Sowjetunion ein fürchterliches Explosionsunglück auf der Zeche 17, die zur Zeit von der deutschen Firma Thyssen angelegt wird und bei der insgesamt 12 Tote und 8 Verletzte zu beklagen sind. Unter den Toten befinden sich die Reichsdeutschen Oberingenieur Siewers, ein Steiger und ein Arbeiter und unter den Verletzten ebenfalls zwei Deutsche. Das Unglück soll durch unvorsichtiges Hantieren des deutschen Steigers bei der Öffnung eines Sprengstoffkastens entstanden sein, wobei das gesamte Verwaltungsgebäude in die Luft flog. Der Sachschaden ist bedeutend.

Dreizehn Mann lebendig begraben.

Auf der Haggrube in Whithampton in Cumberland kam es zu einem ungewöhnlichen Grubenunglück. Der seit zwei Monaten geschlossene Schacht wurde von einer Kommission der Vertreter der Regierung und der Bergarbeiterorganisationen angefordert, um auf Grund des Ergebnisses der Inspektion Beschluß über die Frage der Wiedereröffnung zu fassen. Hierbei wurde auch ein Schacht befestigt, der mit Gas angefüllt war, das sich entzündete und eine Explosion hervorrief. 13 Mitglieder der Kommission befanden sich zur Zeit der Explosion im Schacht und sind dort eingeschlossen. Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten mußten später wegen des ausströmenden Gases ausgesetzt werden. Die letzten Nachrichten von dem Unglückschacht besagen, daß die Hoffnung, die in dem Schacht eingeschlossenen 13 Mann zu retten, so gut wie aufgegeben ist. Auf der gleichen Grube hatte sich vor 2 Monaten ein Unglück ereignet, bei dem 4 Mann ums Leben kamen, worauf die Grube dann geschlossen worden war.

Grubenbrand in Ontario.

Nach Berichten aus Otava ist in der Hollinger Grube in der Nähe von Timmins und Ontario in einer Tiefe von 180 Metern Feuer ausgebrochen. Von den dort arbeitenden 500 Bergarbeitern konnte sich die Mehrzahl retten, während zwei in den Flammen umkamen. Von etwa 60 Bergleuten, die in den unteren Stollen abgeschritten und der Erstüchtungsgefahr ausgesetzt waren, konnten bisher 40 gerettet werden.

Nach den letzten Berichten aus Toronto sind von den bei dem Unglück auf der Hollinger Grube ums Leben gekommenen Bergarbeitern bisher 11 geborgen worden. 15 konnten noch lebend zu Tage gefördert werden. Man nimmt an, daß sich noch 33 Personen in dem eingeschlossenen Schacht befinden.

Ein neuer Nordpolflug

Start Nobbles zu einem Nordpolflug in Deutschland.

Der italienische Polarforscher General Nobble traf in Begleitung des Präsidenten des Deutschen Aeroclubs, Major von Kehler und des italienischen Luftfahrattaches Pier auf dem Flugplatz in Seddin bei Stolp ein und besichtigte eingehend die Anlagen des Flugplatzes, die während des Krieges zur Unterbringung von Marineluftschiffen dienten. General Nobble äußerte sich über das Ergebnis sehr befriedigt und erklärte, daß er auf seinem Polarflug, der in der zweiten oder dritten Aprilwoche von Mailand aus erfolgen soll, in Seddin landen werde. Er werde dort einen Aufenthalt von ein bis zwei Wochen nehmen und ab dann von dort aus ununterbrochen nach Spitzbergen weiterfliegen.

Der Schmied von Murbach.

Roman von Leontine v. Winterfeld-Platen.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Nachdruck verboten.

50. Fortsetzung.

„Jesus Maria, erbarme dich! Erbarme dich! Oh, wie bist du so fürchtig, du großer Herrgott, da oben, der du die Sünden der Väter heim sucht an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied! Die Sünden der Väter und auch der Mütter! Jesus Maria, erbarme dich!“

Wieder stürzte sie ein Pochen an ihrer Zellentür, daß sie zusammenfuhr. Steil und ruhig stand die Aebtissin mitten in ihrem Gemach, als sie mit tiefer Stimme fragte, wer Einlaß begehrte. Der Stadtschreiber Balorian trat über die Schwelle. Sie hob erstaunt die Augenbrauen und ließ sich voll Hoheit wieder nieder in ihren geschützten Stuhl.

„Was führt Euch zu mir, Meister Balorian?“
Er rief sich ein wenig verlegen die Hände und hästelte.
„Mich schickt der Bürgermeister Eiring Grantner. Darum verzeiht, wenn ich Euch störe, Domina. Es handelt sich um einen wichtigen Fall, in dem er Euch um Eure Zeugenschaft bittet vor Gericht.“

Sie sah ihn erstaunt an.
„So nennt nur den Fall.“

„Es ist Euch bekannt, Domina, daß der junge Landsknecht und Waisenschmied Ulrich Zinsfelder dazumal den ersten Pestkranken auf seinen eigenen Armen in die Stadt getragen hat. Ihr sollt es gewesen sein, nach seiner Aussage, die ihm den Kranken im Siechenhaus zuerst abgenommen hat. Verhält es sich also?“

Das Gesicht der Aebtissin war wie aus Erz.
„Wenn er es selber zugibt, was braucht es dann noch meiner Zeugenschaft?“

„Sollt er leugnen sollte vor dem hohen Rat. Wir wollen sicher gehen.“

„Ich werde tun, was meine Pflicht und meines Amtes ist. Ihr seid entlassen.“

Dem Stadtschreiber war es unbehaglich geworden in ihrer frostigen Nähe. Er verneigte sich untertänig und

verschwand aus der Tür. Draußen im langen Kreuzgang rief er sich die Hände.

„Es ist doch nichts mit so hohen Herren und Edel-frauen. Sie sind wie Eis und haben kein Herz. Wohl behilft und gewahrt gehen sie durchs Leben von Jugend an und kennen weder Schuld noch Fehle. So haben sie kein Erbarmen und Mitleid mit anderen. Die Aebtissin ist auch eine Gräfin von Angreth. Das kann sie nicht leugnen. Aber was ich tun kann, um den Zinsfelder an den Strang zu bringen, soll geschehen. Eiring Grantner wird zufrieden mit mir sein. Er möchte den Burschen aus dem Wege haben, weil er ihm unbehaglich ist. Das habe ich lange gemerkt. Und den Bürgermeister muß man sich warm halten, es bringt Nutzen.“

Damit trat er aus der Klosterpforte und schloß blinzeln die Augen vor der hellen Frühlingssonne.

In dem alten Turm, wo der Stadtklerik lag, hatte man Ulrich Zinsfelder gebracht. Es war feucht und dunkel hier unten, und das Tageslicht drang nur durch ein kleines, vergittertes Fenster von oben herein. Hier saß er viele Tage und Nächte — er wußte selbst nicht, wie viele. Denn er sollte so lange in Haft bleiben, bis Eiring Grantner selber seiner Verurteilung beistimmen konnte. So hatte es der Bürgermeister befohlen. Denn noch schaute sich das Oberhaupt der Stadt, nach Gebweiler zurück-zufahren, der Anstreckung wegen. Obgleich die Seuche fast erloschen war und kein Todesfall durch Pest mehr vorkam.

Auf seiner harten Bretterbank saß der Zinsfelder und dachte immer nur das eine: Ob die junge Grantnerin wohl schon heimgegangen war oder noch immer litt? Oh, wenn er jemand danach hätte fragen können! Aber es kam niemand zu ihm als der alte Beschließer, der ihm die magere Kost brachte und schwerhörig war. Der wußte von nichts und ließ sich auch mit dem Gefangenen in kein Gespräch ein. So hatte Ulrich Zinsfelder weiter nichts als sein kleines, goldenes Kreuz, das er doch hielt wie ein geweihtes Heiligthum. Oh, wenn er ihr das doch nur einmal im Leben danken könnte, daß sie ihm dies Kreuzlein gegeben! Daß sie sein Gedacht in jener bitter-schweren Stunde, als sie das heilige Sterbesakrament empfing! Immer, immer sah er das süße, weiche Bild vor sich, wie sie da auf dem weißen Lager ruhte, die schwarze Ha-

lut wie ein Mantel um sie her. Und wie die großen, dunklen Augen so tief und müde lagen in dem schmalen, bleichen Gesicht. Und wie die Hände so suchend und tastend über die Decke glitten, als hätten sie etwas verloren — etwas Kostbares — was ihnen nun alle Ruhe nahm. Tag und Nacht dachte der Zinsfelder an dies Bild — Stunde um Stunde.

Da geschah es eines Tages, daß man seine vertretliche öffnete und ihn hinausführte in den sonnigen, lachenden Frühling. Sein Weg ging über den Marktplatz. Am Grantnerhause waren überall die Läden geschlossen, als wäre niemand zu Hause. War sie davongezogen? In jenes stille Land, wohin er ihr nun folgen würde? Er neigte sein Haupt wie in stillem Gebet, als er an der eigenen Haustür vorüberschritt. Dann kamen sie zum Rathaus.

Im großen Saal, wo Gericht gehalten wurde vom Bürgermeister und Schöffen, war schon viel Volk versammelt. Denn alle wollten den sehen und verurteilen helfen, der ihnen die schwere Seuchennote in die Stadt gebracht.

Auf erhöhtem Stuhl saß Eiring Grantner, der wieder heimgekehrte Bürgermeister von Gebweiler.

Er saß in seiner vollen Amtstracht, die hageren Finger im blauen, grauen Bart. Neben ihm der Stadtschreiber Balorian mit lauerndem Gesicht. Als Begleiter war die Aebtissin, Gräfin Kordula von Angreth erschienen. Sie saß in ihrem weißen Kleide der Dominikanerinnen, das schwere Kreuz der Domina auf der Brust. Hinter ihrem Stuhl stand Heiko, ihr Bruder, der Herrenmönch von Murbach. Viele Bürger von Gebweiler füllten den Zuschauerraum, denn es war eine Gerichts-sitzung immer ein hochwillkommenes Schauspiel.

Die Stadtknechte führten den Angeklagten herein, dem man die Hände auf dem Rücken zusammengebunden hatte. Auf das Armenfünderbänkchen hart am Eingang setzte er sich, still und teilnahmslos. Und wie er da so saß, die häßlichen Augen wie abwesend in weiten Fernen — da war es der strenge, harte Blick der Aebtissin gerade gegenüber, der unerbittlich an ihm hing.

(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	169,02
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	80,76

Börsenberichte.

SB. Stuttgart, 13. Febr. Die Börse lag heute wieder sehr still. Die Kurse konnten indessen den Stand vom Samstag behaupten.

Produktenbörse und Marktberichte
des Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

LG. Berliner Produktenbörse vom 13. Februar.

Weizen märk. 225-228; Roggen märk. 230-234; Gerste 220-270; Hafer märk. 206-215; Mais prompt Berlin 219 bis 221; Weizenmehl 28,50-32,75; Roggenmehl 29,50-33; Weizenkleie 15,30; Roggenkleie 15,25; Viktoriaerbsen 47 bis 55; kleine Speiseerbsen 32-35; Futtererbsen 21-23; Puscheln 20-20,50; Ackerbohnen 20,50-21,50; Wicken 21-23; Lupinen blaue 14-14,75; gelbe 15,25-16; Serabella 20,50 bis 23,50; Rapskuchen 19,75-19,95; Leinfuchsen 22-22,20; Trodenkschnitzel 12,80-12,90; Sojabohnen 21-21,40; Kartoffelsprossen 23,20-23,70; Speisefertigkartoffeln weiße 2,70-3; rote 2,90-3,20; gelbfleischige 3,30-3,70; allgemeine Tendenz: fester.

Landesproduktenbörse.

SB. Stuttgart, 13. Febr. Die Angebote von Argentinern, die letzter Zeit hauptsächlich auf den Markt drückten, waren letzter Tage höher und haben eine etwas freund-

lichere Stimmung hervorgerufen. Zu einer eigentlichen Belebung ist es aber nicht gekommen und die Käufer beobachten immer noch Zurückhaltung. Die Preise sind sämtlich unverändert. Es notierten je 100 kg Auslandsweizen 23,25 bis 30; württ. Weizen 24-25,50; Sommergerste 25-28; Auslandsware 28-30; Roggen 24-26; Hafer 19-22,50; Weizenheu 6,75-6,50; Kleeheu 6,50-8; drahtgepresstes Stroh 4 bis 4,40 Mark.

Die detaillierten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Wertelosten in Aufschlag kommen. D. Schriftl.

Eingefandt

Für die unter dieser Rubrik gedachten Bereitstellungen übernimmt die Schlichtung nur die prechgesetzliche Verantwortung.

Die Pflege des Monbachtals.

Der Schwarzwald-Bezirksverein Bad Liebenzell schreibt zu einer Einwendung des Christl. Vereins für Jugendwohlfahrt im Monbachtal, der wir in Nr. 27 des „C. L.“ Raum gaben:

Zu dem in Nr. 27 des „C. L.“ erschienenen Artikel Monbachtal betr. heißt es wörtlich: Insbesondere hat die Forstverwaltung ein Interesse an der Verhinderung der Unterwäschungen, aber auch der öffentliche Wanderverkehr, denn ein zerstörtes Gelände ist niemals schön und zerstörte Brücken haben schon manchen Verkehr abgehalten. Dagegen hat der Christliche Verein für Jugendwohlfahrt durch die auf eigene Kosten angelegten Wege, Brücken und Bänke die Durchwanderung erheblich erleichtert und durch seine Heime

vielen Menschen den Aufenthalt in diesem lieblichen Tale ermöglicht

Um den Leser dieses Artikels nicht irre zu führen, sieht sich der Württ. Schwarzwald-Bezirksverein Bad Liebenzell veranlaßt, nachstehende Berichtigung zu bringen, denn der Schreiber dieses Artikels ist offensichtlich über das Entstehen und die Pflege des Monbachtals nicht orientiert. Im Jahr 1888 wurde die Durchwanderungsmöglichkeit, Anlagen von Wegen, Bachübergängen, Brücken, Schutzhütten usw. durch Forstmeister Blochmann und Förster Knörzer in Bad Liebenzell mit vielen Mühen und Kosten durchgeführt.

Im Jahr 1914 wurden diese Anlagen und Wege durch einen Wolkenbruch vollständig zerstört. Staatliche Hilfe durch Kommandierung einer größeren Abteilung württ. berglicher Pioniere aus Ulm brachte die Beförderung durch wochenlange Arbeit wieder in Ordnung. Die Wege wurden wieder hergestellt, die Schuttablagerung ausgeräumt, Brücken über den Monbach geschlagen usw. Die Pioniere rückten von der Arbeit weg ins Feld, in den Weltkrieg.

Die Pflege und Unterhaltung des romantischen Tales übernahm der Schwarzwald-Bezirksverein Bad Liebenzell. Schon öfters hat der Bezirksverein das wiederholt zerstörte Tal mit eigenen Mitteln unter Beihilfe von erbetenen Mitteln von Städten, Korporationen, Brudervereinen, durch Neuanlage von Wegen, Brücken, Stuhlbänken, Bachübergängen wieder aufgebaut, gepflegt und in seiner derzeitigen guten Verfassung erhalten.

Der Christliche Verein für Jugendwohlfahrt im Monbachtal aber hat außer den eigenen Anlagen seines Bauareals auf den Wiesenplätzen an der Ansmündung des Monbachtals im Monbachtal selbst nichts getan oder an den Arbeiten und Kosten sich beteiligt

Deutsche Volkspartei Calw.

Heute Dienstag, d. 14. Febr. abends 8 Uhr im Badischen Hof in Calw

öffentl. Versammlung

Vortrag von Herrn Dr. März, Stuttgart über

Die politische Lage

Freie Aussprache; jedermann willkommen.

Die unentgeltliche Beratung Lungenkranker findet in der Sprechstunde der

Tuberkulösenfürsorgestelle

am Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 2-4 Uhr in der Wohnung des Oberamtsarztes in der Panoramastrasse statt.

Lactina



bestes Milch-Ersatzmittel
z. Aufzucht v. Kälbern und Ferkeln empfiehlt

Adolf Lutz, Landesprodukte, Calw. Fernsprecher 6.

Pfannkuch

Eingetroffen

Frische Cavilian

Pfd. 28

1. Anschnitt Pfd. 30

feisch gewässerte Stod-Fische

Pfd. 32

Süß-Büchlinge

Pfd. 30

Echte Sprotten

1 Pfd. 60

Lachsringe

Fernspr. Nr. 45

5% Rabatt

Pfannkuch

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr

Frauen-

besprechungsabend

im Vereinshaus (Bachzimmer)

Evang. Volksbund.

Für die Frühjahrs-

pflanzung empfehle ich:

Erstklassige Apfel- und Birnbäume, Steinobst, hoch- und halbstämmig, sowie

Rosen-, Stachel- und Johannisbeersträucher

Jakob Pfommer, Weltenhöfen.

Wer gibt Unterricht auf

Konzertzither

möglichst in Calw

Angeb. an die Geschäftsstelle da. Bl. erbeten.

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Sonntagsbuben

zeigen in dankbarer Freude an

O. E. Kistowski und Frau Liesel geb. Schilling

Konserven

Qualit.-Marke Helvetia

- Bohnen
- Erbsen
- Karotten
- Pfifferlinge
- Rosenkohl
- Rote Beete
- Schwarzwurzel
- Sellerie
- Spargel
- Spinat
- Tomaten
- Gewürzgurken
- Senfgurken
- Zuckergurken

Marmelade Gelee

Konfitüren in 2-Pfd.-Eimern u. 1-Pfd.-Gläsern

- Ananas
- Aepfel
- Aprikosen
- Brombeer
- Erdbeer
- Himbeer
- Johannisbeer
- Kirschen
- Mirabellen
- Orangen
- Quitten
- Stachelbeer usw.

WURSTER

AM MARKT Telefon 79

Wormser

alkoholfreie Weine Fr. Lamparter

Privat-

Mittagstisch von Herrn gesucht.

Angeb. unt. S.N. Nr. 87 an die Gesch.-Stelle da. Bl.

Rosenkohl

Schönen große

Sellerieknollen

zu Salaten, empfiehlt

Ehr. Hägele.

LUGER

Feinste Eier-Makkaroni und Eier-Nudeln

Pfd. 55 Pfg.

diese Qualität kommt 80 g Paketware gleich.

Eier-Nudeln, Eier-Riebel, Eier-Sternle, Eier-Hörnle, Eier-Hohlhübel, Eier-Fabennudeln.

Pfd. 65 Pfg.

Eier-Suppennudeln

Pfd. 60 Pfg.

feinstes Chielesobst II

Pfd. 65 Pfg.

1. Qualität Nischobst

Pfd. 90 Pfg.

Rollmops Bismarckring

Heringe in Gelee

1 Ltr. 88 Pfg.

frische Fett-Büchlinge

Pfd. 28 Pfg.

Rieker Sprotten

1/2 Pfd. 15 Pfg. 5% Rabatt

Sie kennt den Nutzen, darum nimmt sie Henko!



Als kluge und wirtschaftlich denkende Hausfrau interessiert es Sie doch sicher, zu wissen, wie auch Sie diesen Nutzen erzielen können. Am Abend vor dem Waschtage weicht man die Wäsche in kalter Henko-Lösung ein. Über Nacht lockert Henko dann behutsam allen Schmutz.

Henko, Henkels bewährtes Einweichmittel, macht das lästige Vorwaschen der Wäsche überflüssig. Darin liegt ein außerordentlicher Vorteil, den Henko bietet.

Wer Henko braucht, wäscht billig!

Alfred Pfeiffer, Baumaterialienhandlung Calw.

Großes Lager in Salzlegeln, Bierschwänzen, Metersteinen, Kaminsteinen, Schwemmsteinen, Portlandzement, Schwarzkalk, Baugips, Rohr- u. Balkenmatten, Wasserfestgarnituren, Wand- und Bodenplatten, Terrazzoplatten, Klosetts, Steinzeug- und Zementröhren, Dachpappe

Schwendilator-Kaminanzfagen, Kaminputzgestellen, freischertigen Zimmerfarben für Beton und Holz, Gartenzäune usw. in jeder gewünschten Farbe, Rheinland, verz. Dachfenster usw.

Waggonweise und ab Lager billigste Berechnung.

Empfehle jedermann mein neuzeitlich eingerichtetes Damen- und Herrenfriseurgeschäft

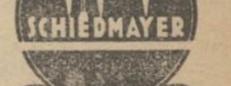
Gute und reelle Bedienung. Adolf Fluhrer, Bad Teinach.

Missionsverein fällt heute aus.

Portieren-Stangen

komplett in Holz, preiswert abzugeben bei

Adolf Junginger Tapeziergeschäft Ob. Marktstr. 31



NECKARSTR. 12. ECKE BERGSTR. STUTTGART

Es ist zu wenig bekannt, daß wir nicht nur weltbekannte Flügel, sondern auch Pianinos in verschiedenen Größen bauen. Der Preis ist diesem Größenunterschied entsprechend bei den kleineren Modellen sehr mäßig. Es lohnt sich deshalb, sie zu kaufen oder zu mieten.

Flügel - Pianos Harmonium

Mittwoch Abend 7 Uhr: Schluß des Winterausverkaufs und des Rabatts von 20 Prozent Paul Rühle, am Markt, Calw.

Umtliche Bekanntmachungen.

Erlaß des Wirtschaftsministeriums
an die Oberämter und das Stadtschultheißenamt Stuttgart über werkschaffende
Arbeitslosenfürsorge (verfälschte
Förderung)

Vom 10. Februar 1928.

Die Durchführung der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge gemäß § 139 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist auch seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Oktober v. Js. zunächst noch durch die Bestimmung über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 58) in Verbindung mit den Bestimmungen über die Weitergeltung dieser Bestimmungen vom 29. September 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 314) und vom 22. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 314) geregelt (die Neufassung der erwähnten Bestimmungen ist in Vorbereitung). Bis zum 31. Januar ds. Js. galt ferner der Erlaß des Arbeitsministeriums über produktive Erwerbslosenfürsorge vom 30. Juli 1925 (Staatsanzeiger Nr. 179). Diese Anordnung ist durch die auf den 1. ds. Mts. erfolgte Eingliederung des bisherigen Landesamts für Arbeitsvermittlung in die Reichsanstalt und damit dessen Wegfall als Landesbehörde zu einem wesentlichen Teil überholt. Die mögliche Beibehaltung des bisherigen Verfahrens mindestens bis zu der bevorstehenden endgültigen Regelung erscheint jedoch zweckmäßig. Im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland wird daher zum Vollzug der mehrfach erwähnten Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten hinsichtlich der verstärkten Förderung mit sofortiger Wirkung bestimmt:

1. Die in § 8 Abs. 3 Satz 2 (Art. 1 Ziff. 1 d. B. D. v. 20. 9. 27) erwähnte Entscheidung trifft das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland.

2. Bezüglich der §§ 15-22 bleibt der Erlaß des Arbeitsministeriums vom 30. Juli 1925 auch über den 31. Januar ds. Js. hinaus in Kraft; hierbei tritt jedoch an die Stelle des früheren Landesamts für Arbeitsvermittlung das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland.

In Vertretung:
Rau.

Bekanntmachung der Höheren Banischule in Stuttgart über die Anmeldung für das Sommerhalbjahr 1928.

In die Höhere Banischule können nur solche Schüler aufgenommen werden, welche das Zeugnis der mittleren Reife besitzen oder eine entsprechende Aufnahmeprüfung erlassen. Dem Eintritt hat eine mindestens 24-jährige praktische Tätigkeit auf Bauplatz und Büro voranzugehen.

Im Sommerhalbjahr 1928 werden die Klassen I bis IV, sowie die erste Klasse des Wasserbaukurses abgehalten werden, falls für die einzelnen Klassen eine genügende Anzahl von Teilnehmern sich melden wird.

Der Unterricht wird am 19. März 9 Uhr beginnen. Die Aufnahmeprüfung wird am 15. März von vormittags 8 Uhr ab stattfinden.

Die Anmeldungen haben bis spätestens 29. Februar zu erfolgen. Später einlaufende Anmeldungen haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung. Anmeldeordnung und Unterrichtsprogramm können gegen Einsendung von 70 Pfennig von der Schulfazelle bezogen werden.

Stuttgart, den 7. Februar 1928.

Direktion der Höheren Banischule:
Schmohl.

Unterreichenbach.

Zum Neubau eines 3-Familienhauses für Herrn Karl Heitlich, Obersäger, sind die

Grab-, Betonier-, Maurer-, u. Steinhaue-, Zimmer-, Tischler-, Schmieb-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler- u. Treppenarbeiten im Submissionsweg zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Bauherrn zur Einsicht aufgelegt, und wollen Angebote bis Montag, den 20. d. Mts. nachmittags 2 Uhr dafelbst abgegeben werden. Zuschlag 8 Tage.

Calw, den 13. Februar 1928.

J. A. Kohler, Architekt.

Ständig. Inferieren bringt Erfolg!

Simmozheim Bahnhafion Weilderstadt und Althengstett.



Stammholz- Verkauf.

Aus dem Gemeindevald kommen im schriftlichen Aufstreich, in Lose eingeteilt, zum Verkauf:

Langholz: Fichten und Tannen: 17 Fm. I., 31 Fm. II., 41 Fm. III., 30 Fm. IV., 17 Fm. V. Klasse.

Förchen: 2 Fm. III., 5 Fm. IV., 8 Fm. V. Klasse.

Sägholz: Fichten u. Tannen: 11 Fm. I., 4 Fm. II., 2 Fm. III., 0,33 Fm. V. Klasse.

Förchen: 2 Fm. II., 4 Fm. III., 3 Fm. IV., 0,33 Fm. V. Klasse.

Schriftliche bedingungslose Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise für 1928 ausgedrückt, wollen bis spätestens **Montag, den 20. Februar 1928, nachmittags 2 Uhr**, beim Schultheißenamt verschlossen eingereicht werden. Die Eröffnung der Angebote erfolgt zu diesem Zeitpunkt. Losverzeichnis erteilt Waldmeister Georg Repphun hier.

Den 11. Februar 1928.

Gemeinderat: Vorf. Fischer.

Familien-Drucksachen

liefert
in gediegener Ausführung
die Druckerei dieses Blattes

Fernsprecher Nr. 9 — Lederstraße 151

Mittwoch, den 15. Februar, vormittags 8 Uhr, steht

in Calw im „Löwen“

ein großer Transport

starker, junger Milchkuhe;



schwerer, hoch-trächtiger
Kalbinnen;

schöne, starke Stiere
und schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladen

Rubin und Max Löwengart.

Täglich frische
Salzbutter!
Fr. Lamparter

**Brief-
Marten**
Alle Größen u.
Kreuzermarken
sucht zu kaufen
C. Eisenhardt
Reutlingen.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw. Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl des Rassenvorstandes.

Da auf die am 2. Januar ds. Js. ergangene Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen nur je eine gültige Vorschlagsliste der Arbeitgeber und der Versicherten eingegangen ist, so gelten die darin Vorgesetzten gemäß § 10 und 26 der Wahlordnung als gewählt, ohne daß eine Wahl vorzunehmen ist.

Die auf 18. Februar ds. Js. angedeutete Wahl findet also nicht statt.

Für die 5-jährige Wahlperiode vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1932 gehören also dem Rassenvorstand an und zwar:

A) Ordentliche Mitglieder

a) Arbeitgeber-Vertreter:

1. Lamparos, Elia, Fabrikant, Calw;
2. Braun, Georg, Landwirt u. Schultheiß, Weibelsberg;
3. Wackenhuth, Wilhelm, Mechanikermeister, Calw.

b) Versicherten-Vertreter:

1. May, Bruno, Metzger, Calw;
2. Bläse, Karl, Elektromonteur, Calw;
3. Klalle, Eugen, Schreiner, Stammheim;
4. Stoll, Martin, Oberholzhauer, Alzenberg;
5. Mater, Jakob, Vorarbeiter, Calw;
6. Bojch, Gustav, Reguleur, Calw.

B) Stellvertreter

a) Arbeitgeber-Vertreter:

1. Dingler, Wilhelm, Gutsbesitzer u. Landtagsabgeordneter, Calw;
2. Frey, Fritz, Stadtpfleger, Calw;
3. Effen, Georg, Buchdruckermeister, Calw.

b) Versicherten-Vertreter:

1. Herrie, Paul, Lagerverwalter, Calw;
2. Käpfe, Eduard, Seizer, Calw;
3. Broß, Adam, Polizeioberwachmeister, Calw;
4. Hamberger, Michael, Holzhaue, Oberreichenbach;
5. Treiber, Reinhold, Säger, Bad Teinach;
6. Schütz, Friedrich, Staatsstraßenwärter, Stammheim.

Dies wird hiemit gemäß § 20 der Wahlordnung in Verbindung mit § 95 der Rassen-Satzung bekannt gemacht mit dem Anfügen, daß die Gültigkeit der Wahl beim Versicherungsamt angefochten werden kann.

Calw, den 13. Februar 1928.

Der Vorsitzende des Rassenvorstandes: Lamparos
Verwaltungs-Direktor: Prof.

Würzbach.

Papier- und Brennholz- Verkauf.



Am nächsten Samstag, den 18. Februar ds. Js., nachmittags 2 Uhr, kommen auf dem Rathaus in Würzbach aus dem Gemeindevald Abt. Rißberg und Tränke im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

**279 Nm. Papier-, Tannen-
und Buchen-Brennholz.**

Losverzeichnisse durch Waldmeister Fenchel.

Würzbach, den 11. Februar 1928.

Gemeinderat.

Koppleche — Läufer ohne
Anzahlung in 10 Monats-
raten lief. Teppichhaus
Agay & Glöck, Frankfurt/M
Schreiben Sie sofort 264

Zum Selbstanstrich
Rüchgenmöbel-
Emaillack
in 6 verschiedenen
Farben
Carl Serva.

Bubikopf-
schneiden, Ondulieren,
Haarwaschen
Reinlichste aufmerksamste
Bedienung, Separater Ein-
gang, Telef.-Benütz. Nr. 66
Friseur Fröhlich
Bahnhofstraße